



Niederschrift

32. Sitzung Hauptausschuss
3. Juli 2018, 16:30 Uhr
öffentlich
Großer Sitzungssaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

7.

Punkt 3 der Tagesordnung: Umsetzung des Prostituiertenschutzgesetzes in Karlsruhe - Sachstandsbericht Vorlage: 2018/0381

Beschluss:

Die Mitglieder des Hauptausschusses nehmen den Sachstandsbericht des Ordnungs- und Bürgeramtes zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

keine Abstimmung

Der Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt 3 zur Behandlung auf.

Stadtrat Konrad (GRÜNE) verdeutlicht, in dem Sachstandsbericht gehe es weitestgehend um ordnungspolitische Maßnahmen. Es sollen dadurch auch Verbesserungen für Sexarbeitsrinnen und Sexarbeiter erzielt werden. Der Tagesordnungspunkt werde auch nochmals im Sozialausschuss behandelt und ihm und seiner Fraktion sei wichtig, dass eine Ausgestaltung und eine Umsetzung der Maßnahmen in enger Abstimmung mit der Beratungsstelle der Diakonie stattfinden.

Weiter kommt er auf einen Punkt in der Vorlage zurück, dass noch keine Betriebserlaubnisse erteilt worden seien. In diesem Zusammenhang plädiere er dafür, dass keine unbefristeten Betriebserlaubnisse erteilt und auch die Befristungen kurz gehalten werden, sodass eine regelmäßige Kontrolle der Betriebe tatsächlich stattfinde.

Der Vorsitzende nimmt die Anregungen auf und verweist auf die weitere Behandlung im Sozialausschuss.

Stadträtin Dr. Leidig (GRÜNE) greift den Punkt auf, dass die Betroffenen schlichtweg oft nicht in der Lage seien, erforderliche Unterlagen eigenständig zu besorgen und dadurch

Kosten usw. entstehen. Das sei eine blöde Situation, die vermieden werden solle. Sie erkundigt sich, ob die Verwaltung Lösungsvorschläge habe.

Herr Dr. Weiße (Ordnungs- und Bürgeramt) gibt an, ad hoc keine Lösungsvorschläge nennen zu können, beschäftige sich aber bis zum Sozialausschuss nochmals mit der Fragestellung.

Der Vorsitzende stellt, nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, die erfolgte Kenntnisnahme fest.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten -
2. August 2018